



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den ersten Tag 20 Pf., für jeden folgenden Tag 10 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrschaftsstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmahl, an den übrigen Tagen zweimahl erscheint.

Nr. 100. Mittags-Ausgabe.

Siebennundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 29. Februar 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Februar.

12 Uhr. Am Ministeriellen Fall, Ministerialdirector Förster, Geh. Rath Lucas.

Das Haus setzt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen, fort. Abg. Richter (Sangerhausen): Es sind in der letzten Sitzung zwei entgegengesetzte Standpunkte zu diesem Gesetze mit voller Energie vertreten worden, der eine von dem Abg. Birchow, daß die Vorlage unannehmbar sei, der andere von dem Cultusminister, daß sie unbedenklich vom Hause angenommen werden müsse. Ich selbst kann weder für den einen noch für den anderen Standpunkt mich erklären. Es ist ja vollkommen richtig, daß die evangelische Kirche das Princip der Gewissens- und Glaubensfreiheit, das Princip der freien Forschung von Haus aus auf ihr Banner geschrieben hat und ich bin bereit mit dem Abg. Birchow energisch und ohne Rücksicht auf Personen dieses unschätzbare Gut gegen alle Angriffe zu wahren und zu verteidigen. Aber eines ist von ihm völlig übersehen worden: die evangelische Kirche hat doch auch einen gemeinsamen Boden, in dem alle ihre Interessen vereinigt sind, und das ist das Evangelium. (Sehr richtig! Rechts.) Wir dürfen nie vergessen, daß wir das Princip der freien Forschung immer nur zugeben können auf dieser Grundlage; nie und nimmer ist von der evangelischen Kirche eine Forschung anerkannt worden, die nicht auf dem Boden des Evangeliums steht. Gegen die hier betonte Gefahr, daß diese Grundlage im Interesse der Einschränkung der Lehrfreiheit gemißbraucht werden könnte, scheint mir das einzig richtige Mittel die Forderung zu sein, daß die ganze Synodalordnung auf die Basis der alten Union gestellt werde. Die auf der Urkunde vom 27. September 1817 beruhende Union ist ihrer Zeit von allen zur Landeskirche gehörigen Gemeinden angenommen worden. Sie ist noch heute der alleinige Rechtsboden für uns, und wenn es uns gelingen könnte, diese rechtliche Basis gegen Entstellungen zu schützen, so wäre für mich ein Hauptbedenken gegen die Vorlage gehoben. Leider sind aber dafür Garantien zur Zeit noch nicht vorhanden.

In den Ausführungen des Abg. Birchow hätte ich am liebsten die Deduction nicht gewünscht, die er über die Unvereinbarkeit der confessionellen mit der modernen Moral uns vortrug. Wäre seine Behauptung wirklich zutreffend, dann müßte für uns mit Nothwendigkeit daraus folgen, daß wir die Landeskirche, welche die confessionelle Moral lehrt, von Staats wegen abschaffen; denn eine Anstalt, welche die Volksmoral schädigt, hat kein Recht auf Existenz und Anerkennung durch den Staat. Aber diese Behauptung ist völlig unhaltbar. Ich sehe den Philosophen Immanuel Kant für den Urheber der modernen Moral an, wenigstens hat er zuerst kritisch die Grundgesetze für alle ethischen Momente der modernen Moral aufgestellt. Kant aber hat in seiner Schrift „Über das rationale Böse in der menschlichen Natur“ dieselbe Anschauung, welche der Abg. Birchow als kirchliche Lehre von der Erbünde mit der modernen Moral für unvereinbar erklärte, als richtig anerkannt. Und wenn dieser denkende Kopf sich somit auf dem Boden dieser Lehre stellt, so muß die Behauptung des Abg. Birchow un begründet sein. Was in der That die Moral angreift und erschüttert, das sind in erster Linie die materialistischen Systeme, denen die Vorlesungen des Evangeliums für nichts gelten. Darin andererseits muß ich dem Abgeordneten Birchow Recht geben, daß ein Hauptgrund der Schwierigkeiten und der Verwirrung in den Fragen, die uns hier beschäftigen, in der Festhaltung der Anschauung liegt, daß dies ein Gebiet der engeren kirchlichen Angelegenheiten sei, worin eine politische Körperschaft, wie der Landtag, nicht hineinzureden habe. Diese Auffassung ist bei uns in keiner Weise berechtigt. Die evangelische Kirche hat ihre Verfassung bei uns nur auf dem Boden der Gemeinde gewonnen, und ihre weitere Entwicklung in Consistorien geschah durch den Staat. Das erste Consistorium wurde bekanntlich in Sachsen eingerichtet im Jahre 1542 auf Betrieb der Landstände und durch den Landesherren, und ebenso ist bei uns in Preußen von Anfang an die staatliche Herrschaft in der Organisation der Kirche stets zum Ausdruck gebracht worden. Seit 1808 wurden im Allgemeinen Landrecht die Machtbefugnisse der Consistorien bis auf wenige Punkte aufgehoben und die evangelische Kirche seitdem regiert durch die Staatsbehörde.

Noch in jüngster Zeit wurde durch ein Erkenntnis des Obertribunals anerkannt, daß der Oberkirchenrath nichts anderes als eine königliche Behörde sei. Wollen wir die Kirche als Gesamtheit zum Besten des Volkes erhalten, so müssen wir in Gegenwart wie in Zukunft diese Macht des Staates auf ihrem Gebiet anerkennen. Ich habe mit freudiger Genugthuung die thatkräftige Energie begrüßt, mit welcher der Cultusminister im Gegenfatz zu seinen Vorgängern diese Frage in die Hand genommen hat, die Energie aber kann ich in keiner Weise billigen, mit der er uns hier bei der ersten Lesung des Gesetzes erklärte, jede wesentliche Aenderung desselben sei für die Staatsregierung unannehmbar, und hinzufügte, er werde die Verantwortung für ein Scheitern des Gesetzes nicht auf sich nehmen. Der Minister hatte keine Veranlassung, dieser Seite des Hauses, die stets mit ihm zu geheimer Uebereinkunft zusammen gearbeitet hat, in solcher Weise entgegenzutreten. Er hätte diese Energie vielmehr bei den einleitenden Schritten zu der letzten Generalynode betätigen sollen. Wir hatten erwarten können, daß die Staatsregierung bei der Erneuerung zur Generalynode mit dem Beispiel der Anerkennung der Parität vorgehen würde. Das aber ist durchaus nicht geschehen; und es hat diese Thatsache auch außerhalb Deutschlands einen tiefen Eindruck hervorgerufen und ein schweres Mißtrauen wachgerufen. (Sehr richtig! Links.) — Die Vorlage ist eine Unterbrechung der constitutionellen Staatsform auf die evangelische Landeskirche; das zeigt zunächst die Befugnis des Besteuerungsrechtes. Die Kirche in ihrer Entwicklung kennt nur das Recht der Auflagen innerhalb der einzelnen Gemeinden und für Gemeindeglieder. Wenn nun gegenwärtig den Kreis- und Provinzial-Verordnungen, sowie der gesammelten Kirchenvertretung das Besteuerungsrecht für Kirchenzwecke zugewiesen wird, so wird einfach auf diesem Gebiete unsere jetzige Staatsform auf die vereinigte Landeskirche übertragen. Ich bin im Princip keineswegs dagegen, da die evangelische Kirche mit der staatlichen Entwicklung stets parallel gegangen ist, sie hat erst die landständische, dann die absolute, dann die constitutionelle Staatsform in ihrer Organisation angenommen; aber leider sind uns in dem Entwurf nirgends Garantien gegeben, die uns vor dem Mißbrauch dieser Functionen ebenso schützen wie im constitutionellen Staat.

Wie würde wohl das preussische Abgeordnetenhaus aussehen, wenn z. B. unsere Provinzialparlamenten die Wähler des Landtags wären? Glauben Sie wohl, daß in diesem Fall die liberale Partei auch nur halb so zahlreich wäre wie gegenwärtig. (Sehr wahr! Links.) Keine kirchliche Organisation wird liberal genannt werden, in der die Geistlichen auf sämtlichen Kreis-synoden ein so entscheidendes Wort haben, wie in dieser Vorlage. Eine solche Macht als Stand, wie sie ihr diese Verfassung gewährt, hat noch niemals in Preußen die Geistlichkeit besessen. (Sehr richtig! Links.) Der Ansicht des Abg. Michael, daß die wichtigste Garantie gegen alle unsere Bedenken in Bezug auf diese Vorlage in der Person des Königs liege, muß auch ich entschieden entgegenstellen. Im absoluten Staat wäre diese Behauptung richtig, in einem constitutionellen aber durchaus nicht. Gerade unser monarchisches Gefühl muß eine Einrichtung zurückschrecken, bei der in so vielen Verordnungsacten der Name Sr. Majestät unermesslich in die Discussion und Kritik über diese Acte hineingezogen werden muß. Denn der König hat in diesen Angelegenheiten keinerlei verantwortliche Rolle, wie es die Minister im Staat sind, er unterzeichnet persönlich und allein als summus episcopus die Acte der Verwaltung. Wir müssen also durchaus größere Garantien haben, als sie uns hier geboten sind. Eine solche würde ich in der Bestimmung finden, daß allen Beschlüssen der Generalynode, welche die Competenz des § 1 überschreiten, die Genehmigung von Gesetzen vorausgesetzt werde, jedoch in einer Abänderung des Entwurfs dahin, daß nicht der Cultusminister allein, sondern das gesammte Staatsministerium das Aufsichtsrecht des Staates zu wahren habe. Ich will den Cultusminister nicht in einer so schwierigen Stellung lassen, wie sie der Entwurf ihm anweist, denn wer unsere innere Geschichte kennt, weiß, daß der Cultusminister bei uns mehr Schwierigkeiten hinter den Coulissen als vor den Coulissen zu

überwinden hat, daher verlängere ich die Uebnahme dieser Aufgabe durch das gesammte Staatsministerium. Endlich bin ich durchaus dafür, daß das Staatsrecht des Landtages in Bezug auf das Besteuerungsrecht und die Besoldungsverhältnisse der königlichen Behörden, welche diese Vorlage schafft, in keiner Weise geschmälert werde. Nur wenn diese Garantien angenommen werden, kann ich mich für diese Vorlage erklären, wenn nicht, so muß ich dagegen stimmen.

Regierungs-Commissar Ministerial-Director Dr. Förster: Bei der ersten Lesung ist es genügend, wenn die Staatsregierung einmal die Gründe darlegt, welche sie bei ihrer Vorlage geleitet haben; aber ich muß eine Bemerkung, welche persönlich gegen mich gerichtet war, von vornherein berichtigen, weil sie von bedeutender Tragweite ist, und man sich auf sie vielleicht später beziehen könnte. Der Herr Vorredner bezieht sich auf eine angebliche Ausführung von mir, daß das Kirchenvermögen der Kirche als Gesamtheit gehöre. Wenn ich mich auch nicht aller Worte erinnere, die ich je gesprochen, so kann ich doch bestimmt versichern, daß ich den obigen Ausdruck nicht gebrauch habe; ich bin da wahrscheinlich mißverstanden worden. Unser Recht sagt ja auch ganz klar, daß die einzelnen organisierten Kirchengemeinschaften Eigentümer sind. Was die Aenderung der Vorlage betrifft, so wird ja diese Frage in der Commission discutirt werden und ich werde hier darauf nicht eingehen.

Abg. Schumann (Prediger in Jeserig bei Brandenburg): Ich will Ihnen nicht im Gegenzug zu dem Abg. Richter die Synodalordnung als ein ideales Meisterwerk empfehlen, sondern ihre Annahme als einen traurigen Act der Nothwendigkeit bezeichnen. (Hört! hört! Links.) Es geht ja eine starke Strömung durch das Haus, welche auf Verwerfung der Vorlage gerichtet ist und von dem Abg. Birchow, dessen heutige Abwesenheit ich bedauere, zum Ausdruck gebracht ist. Dieselbe Richtung wird auch wohl nach mir Herr von Gerlach vertreten. Ein Wort des Abg. Birchow bei der Beratung der evangelischen Kirchengemeindeordnung enthält in uoc den Inhalt seiner vorgestrichenen Rede, er sagte damals: „Mir wäre es lieber, wenn es gar keine Kirche gäbe, da es aber Leute giebt, die in einer Kirche leben wollen, so müssen wir uns auch mit ihren Verhältnissen beschäftigen.“ Der Abg. von Gerlach opponirte damals gleich gegen den Titel des Gesetzes und sagte: evangelische Kirche? wo ist denn die? die kenne ich gar nicht; ich kenne wohl eine lutherische und eine reformirte Kirche, aber keine evangelische.

Beide Herren sind Mitglieder der Kirche, um die es sich hier handelt, und es gehörte ein besonderer Cultusminister und ein besonderer Verfassungs-entwurf dazu, diese beiden Herren in gleicher Weise zu befriedigen; (Sehr richtig!) Sie veranschaulichen zwei Richtungen, die sich jeder Synodalberatung entgegenstellen werden, welchen materiellen Inhalt dieselbe auch haben möge. Obwohl Abgeordneter Birchow, ein hervorragender Führer der liberalen Partei, und viele seiner Freunde auf dem bezeichneten antikirchlichen Standpunkte in kirchlichen Dingen stehen, so doch keineswegs die ganze liberale Partei, wie dies häufig dargestellt wird. Es sitzen auf dieser Seite des Hauses ein gut Theil Männer, welche den Ausbau des Rechtsstaates in freibildendem Sinne wollen und anstreben mit aller Energie, die den berühmten Führer der Fortschrittspartei und den Führer meiner Fraktion, den Herrn Abgeordneten Kasper auszeichnen, und die noch lange nicht aufgehört haben, sich als Glieder dieser Kirche zu fühlen und ein Herz für diese Kirche zu haben. Ja, (zur Fortschrittspartei gewendet) aus Ihrer eigenen Fraktion ist einer Mitglied der Generalynode gewesen und er hätte das dazu erforderliche Gelübde nicht ablegen können, wenn er den Bekenntnis-Standpunkt seines berühmten Fraktionsgenossen theilte. Es giebt also doch noch liberale Männer, die noch sagen: ich schäme mich des Evangeliums von Christo nicht, und die eine christliche Moral noch nicht wie der Herr Abgeordnete Birchow bei Seite geworfen haben. Ich muß eine Bemerkung machen, obgleich der Herr Vorredner die Sache schon berührt. Wir kennen die eble Gestalt der Humanität, geschmückt mit den adels vom Stamme des Christentums genommenen Blumen, aber wenn Sie, meine Herren, diese Blumen pflanzen wollen in den jugendlichen Seelen des Volkes ohne Wurzel und von ihrem heimischen Boden losgerissen, dann sehen Sie auch zu, was aus solchem pädagogischen Experiment wird. (Sehr richtig!) Der Abgeordnete Birchow soll erst abwarten, ob an Stelle der ihm gewünschten Humanität nicht die Bestialität ihr unpolides Haupt aus den religionslosen Massen erhebt! (Sehr richtig!) Daher müssen die Männer aller christlichen Confessionen, die die Religion als ein Heiligtum ihres Volkes bewahren und nicht eine Kirche geistlich zerstören wollen, gegen die von dem Herrn Birchow in kirchlicher Beziehung entwickelten Bestrebungen protestiren.

Aus anderen Gründen mögen Sie die Vorlage entwerfen, aber sie stehen doch nicht auf dem Princip, daß man den evangelischen Kirchengemeinden die Synoden nicht auf die Nase setzen dürfe. Sie wissen, m. H., daß ein Unterschied ist zwischen einer christlichen Kirche, die doch eine religiöse Glaubensgemeinschaft ist, und einem Berliner Bezirksverein. Vergessen Sie nicht, daß, wenn die größte Religionsgesellschaft im Lande hier mit dieser Vorlage ihre Statuten oder ihren Organisationsentwurf einreicht, sie damit den Proceß des Selbstauflösungs-Actes gleichsam allein befehligt hat und hier nur darüber zu befinden ist, ob dieser Act staatskirchlich nicht gesundheitsgefährlich ist. Ich will mich dagegen verwahren, als ob die kirchliche resp. antikirchliche Anschauung dieser liberalen Männer die notwendige Konsequenz des Liberalismus wäre, und ich bitte, daß die Herren, welche der Vorlage noch indifferent gegenüberstehen, so unparteiisch an die Prüfung derselben gehen mögen, wie früher bei der Vorlage über Papistengemeinden oder Altstapeln. Von dem Wunsche: mir wäre es am liebsten, wenn es gar keine Kirche gäbe! ist, wenn man von dem Gesetz über den Austritt aus der Kirche noch keinen Gebrauch gemacht hat, der Schritt nicht weit bis zu dem Standpunkt, auf dem man überhaupt nichts thun will, was der Kirche frommt. Das der Herr Abg. Richter (Hagen), von dem ich ebenfalls bedauere, ihn nicht auf seinem Platze zu sehen, noch einen ganz besonders nuancierten Standpunkt einnimmt, hat er ausdrücklich erklärt; seine Gebude hängt bekanntlich nur noch an einem ganz schwachen Faden, um mit einigen Bezirksvereinen zusammen der ganzen Sache ein Ende zu machen, und die Vorlage gewährt ihm die sichere Perspektive auf einen Berliner Papst. (Heiterkeit.) So klar und überzeugend auch seine Urtheile und Referate auf einem anderen Felde sein mögen, so phantastisch werden sie doch auf kirchlichem Gebiet. Anzunehmen, daß je ein Cardinals-Collegium in einer Frage einstimmig sein könnte, das zeugt von einer naiven Unbekanntschaft mit kirchlichen Dingen (Heiterkeit), und wenn der Berliner Zukunftsapostel nun einmal wirklich auf andere Weise zu Stande gebracht werden könnte, so gäbe es doch gegenüber dem Römischen für den Berliner noch eine gewisse Garantie, der Berliner müßte doch schließlich das Examen für den höheren Verwaltungsdienst gemacht haben. (Heiterkeit.)

Auch Herr v. Gerlach und — Genossen kann man nicht sagen — diejenigen, die seiner kirchlichen Anschauung nahe stehen, werden die Verfassungsfrage der Kirche mit den Schlagwörtern „Uebertreten der constitutionellen Schranke auf die Kirche, Preisgeben der Heiligtümer an die Demokratie“ ohne Weiteres verwerfen und die frühere Pastorenherrschaft um jeden Preis zu conserviren suchen. Mit dieser Partei kann man nicht pactiren, weil sie jede repräsentative Verfassung der Kirche mit synodalen Formen und Gemeinde-rechten verwerfen und nur in den Geistlichen die geborenen und alleinigen Repräsentanten der Kirche sehen. Aber selbst in Betreff derjenigen, welche wohl geneigt sind, der Kirche eine Verfassung zu geben, muß ich constatiren, daß sie eine große Enttäuschung erfahren haben. 30 Jahre hindurch hatte man versucht, eine von den Staatsfactoren unabhängige Kirche zu construiren, in deren Hand der Landesherren als Träger des Kirchenregiments sein verantwortungsvolles Amt niederlegen konnte. Nun wird uns eine kirchliche Verfassung vorgelegt, in welcher die traditionelle kirchliche Macht des Landesherren staatsrechtlich fixirt wird wie ein rother de bronze. Dieses angestrichelte Kirchenregiment zusammen mit dem Wahlmodus für die Generalynode erregt auch bei mir die allergrößten Bedenken. Nicht einmal ist wie in Rheinland und Westfalen die Wahl der Superintenden ten den Kreisynoden überlassen und es ist doch ein Unterschied, ob der Episkop, der von seinen Synodalen gewählte Vertreter seines Kirchenkreises, nöthigenfalls auch gegen ihn ist, oder ob er die letzte Staffel des landesherrlichen Kirchenregiments bildet.

Es ist formell abnorm, wenn man eine Kirchenverfassung für acht Pro-

vinzen aufstellt, von denen zwei einen ganz anderen Unterbau haben, und materiell wären keine so großen königlichen Privilegien aufgegeben worden, wenn man diese geringe Freiheit der westlichen Provinzen auch den östlichen gegeben hätte. Ich möchte den Herrn Cultusminister um Angabe der Motive zu diesem Verfahren ersuchen. Sollten es vielleicht die wenigen gegen die Weisungen des Oberkirchenraths renitenten Superintenden ten gewesen sein, so daß man meinte, diese Renitenz werde bei gewählten Superintenden ten wachsen? Obwohl diese Männer meine kirchlichen und politischen Gegner sind, so sind sie mir doch ein tröstliches Zeichen dafür, daß das Staatskirchen-regiment noch nicht die evangelische Kirche im Grunde und Boden hat ruiniren können. Die Geschichte des Jahrhunderts beweist, daß mit jedem Regenten und jedem einzelnen Cultusminister von Altem ein an anderer Wind durch die sogenannte Landeskirche ging, dessen Wirkungen bei allen Kirchen-beamteten bis zum letzten Küster herunter verpflanzt werden. (Sehr richtig!) Das ist meine Anklage gegen das Staatskirchentum, daß es allmählich Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Mannesstolz untergräbt. (Beifall.) Und daran befestigt kein Wohlwollen und keine Liebe zur Kirche an höchster Stelle etwas. Deshalb hoffen wir, daß die neue Verfassung uns lösen werde von dem Banne, welcher die Kirche in Preußen immer erscheinen läßt als ein Stück der Regierungsgewalt und die Religion als einen wesentlichen Bestandteil der höheren Polizei. Das sind chronische Krankheiten jedes Staatskirchentums, und dazu können noch leicht acute kommen. Wenn nun einmal der Landesherren, der die Kirche regiert, die kirchliche Anschauung hätte, wie der Abg. Birchow oder der Abgeordnete v. Gerlach? (Heiterkeit.) Meine Herren, uns ist dabei gar nicht lächerlich zu Muth, daß eine wäre so schrecklich wie das andere. Wer schätzt uns gegen solche Gefahren? Nicht Gott ganz allein die Tradition unseres Kirchengesetzes. Der Wahlmodus zur Generalynode, welcher nur die Provinzialsynoden als Wahlkörper kennt, giebt die Möglich-keit, daß nur die Majorität ihre Leute hineinbringt.

Wenn die Generalynode die Wahlkörper zum Reichstage wären, dann würde sicherlich die Majorität hier im Hause dafür sorgen, daß sie dort die Majorität bekäme, aber sie würde doch nimmermehr die andern Parteien mundtot machen wollen; die Herren Windthorst oder Kardorff würden ja doch auch gewählt werden, das würden die Senioren unseres Hauses mit gewohnter Coulanz besorgen; aber glauben Sie wirklich, daß solches Ver-jahren sich sehr leicht in kirchlichen Kreisen einbürgern wird? Ich fürchte nein; denn es giebt da eine rabies theologorum (Heiterkeit) — ich bin selbst Theologe, darum erlaube ich mir, das zu sagen — die mit dem Gegner nie pactirt, wenn sie es erst einmal glücklicherweise zu dem dogmatischen Feld-geldkreuz gebracht hat: Sie Christus, drei Beilä. Und vielleicht hat die Ver-jahrgang vor dieser rabies meinen Herrn Vorredner dahin gebracht, hier solche Vorschläge, die schon seit langer Zeit durch die Presse gehen, noch einmal zu erörtern, nämlich die Vorschläge, die Geistlichen als solche überhaupt von der Wahlfähigkeit zur Synode auszuschließen. Ja, meine Herren, das ist ein Glied in der langen Kette von Mißtrauen, welche der Stand der Geist-lichen jetzt an vielen Orten zu tragen hat. Ich will hier nicht auf alle die Gründe dieser traurigen Erscheinung eingehen. Ich will nur diejenigen Gründe erwähnen, die den modernen Staat ganz direkt angehen. Meiner Meinung nach ist nämlich der Staat jetzt auf dem Wege, den Geistlichen ihr Bürgerrecht stückweise wegzubringen und damit das zu schaffen, was es in unserer evangelischen Kirche der Idee nach gar nicht giebt, einen protestan-tischen Clerus. Bedenken Sie, m. H., Folgendes. Die Geistlichen zahlen seit Alters her keine Communalf Steuern. Sie haben Jahrzehnte lang, mit Verbrechern zusammen das traurige Privilegium gehabt, nicht Soldat werden zu brauchen. Wie haben Sie nun, meine Herren, in der neuen Gesetzgebung von den Bürgerrechten und Bürgerpflichten der Geistlichen Stillschweigen ge-lassen? Der Geistliche darf jetzt nicht mehr Gemeindevorsteher werden, nicht Standesbeamter und nicht Schiedsmann, nicht Amtsvorsteher und nicht Vormund, oder lehteres doch nur mit Erlaubnis seiner Vorgesetzten und ich glaube, hätten wir die Vormundschaftsordnung nicht en bloc angenommen, so wäre noch die Bestimmung hinzugekommen, daß der Geistliche nicht Waisen-rath hätte werden dürfen. (Heiterkeit.)

Ich weiß recht gut, wie man außerhalb des Hauses meine Worte ver-kehren und verdrehen wird, als glühten wir Geistliche vor Aufregung, nur erst Communalf Steuern zu zahlen, oder nur erst Gemeindevorsteher zu werden. Keineswegs. (Heiterkeit.) Ich glaube, Sie erkennen den Widerspruch offen und ehrlich an, — nicht wahr? (Ja wohl! Links.) Aber ich bezeichne es als einen politischen Fehler für den preussischen Staat, wenn er, was der große Hildebrand mit solchem Erfolge für die katholische Kirche getan hat, die Geistlichen immer mehr loslöst von der bürgerlichen Gemeinschaft. (Sehr richtig.) Nun ist man geneigt — und der Herr Abgeordnete Richter (Sanger-hausen) ließ dies auch durchschauen — dieses Mißtrauen und diese Abson-derung auch auf die Kirche noch auszuheben. Wer einmal praktisch an kirchlichen Dingen mitgearbeitet hat, der wird zugeben, es geht nicht ohne den Geistlichen bei den Dingen, die über Markt und Pfenning hinausgehen. Er bleibt doch noch immer das wichtigste Organ der kirchlichen Executive innerhalb der Gemeinde. Wenn man den Geistlichen aus allen Synodal-stufen principiell ausschließen wollte und auch aus seiner eigenen Gemein-devertretung, das wäre so, als wollte ein Magistrat seinen Bürgermeister von den Beratungen ausschließen. Der Geistliche wird doch gewählt! werfen Sie mir ein. Ja, da liegt das Remedium. Gewählt soll der Geistliche auch werden von der Gemeinde, nicht bloß, um zu predigen und zu taufen, sondern auch um die Leitung der kirchlichen Angelegen-heiten dieser Gemeinde mit zu übernehmen. Und daher halte ich es für das notwendigste Supplement zu dieser jetzigen Vorlage, daß der Herr Cultusminister uns endlich das Gesetz über die Aufhebung des Patro-nats vorlegt. (Sehr richtig!) Das ist unsere berechtigte Erwartung! Aber trotz aller dieser Klagen, die noch auszufüllen sind, empfehle ich Ihnen doch die möglichst unveränderte Annahme der Vorlage. Ich bin nicht gegen Cautele innerhalb des Staatsgesetzes; aber ich halte für richtig, was der Herr Cultusminister sagte und man kann nicht negiren, die Vorlage ist das Maximum liberaler Einrichtungen, was der Cultusminister bei dem Kirchen-regimente an höchster Stelle durchsetzen konnte und ein kümmerliches Synodal-system ist immer noch besser wie die bloße Consistorialverwaltung, die Theil-nahme der Kirchengemeinde an der kirchlichen Legislative ist besser als die Dictatur eines Mannes auf kirchlichem Gebiete.

Was man von den Bezirksregierungen bei Beratung der Provinzial-Ord-nung sagte, sie haben abgewirtschaftet, das gilt auch von den Consistori- en. Sie stehen der Gemeinde und den Geistlichen ganz fern und die ge-wöhnlich in absonderlicher Silart und salbungsvollem Kankeil gehaltenen öffentlichen Kundgebungen können nicht den Mangel des Systems verhehlen. (Heiterkeit.) Die Synoden aber führen den alten Formen neues Blut zu; jedenfalls werden Provinzial- und Generalynode künftig eine Aufstichs-justanz bilden für die Consistorien und den Oberkirchenrath. Umständlich wird das Ganze werden, schon in der Titulatur. Eine preussische Landes- kirche mit einem evangelischen Oberkirchenrath, mit königlich preussischen Con-sistorien, königlich preussischen Superintenden ten in sechs Provinzen, in zweien mit evangelischen Superintenden ten u. s. w. (Heiterkeit.) Den Widerstand der Liberalen gegen Synoden überhaupt verstehe ich nicht. In einer Zeit, wo alle Interessenten sich zusammenfinden, da sollen allein die Interessen einer christlichen Kirche sich nicht vereinigen dürfen. . . . (Zuruf.) Wenn Ihr Widerspruch bedeuten soll, daß nicht die höheren Synodalklassen, sondern die im praktischen Gemeindeleben betheiligte persönliche Herzensheilung die Hauptfrage sei, dann stimme ich Ihnen zu und sage hinzu, ob eine Kirche in consistorialer, synodaler oder päpstlicher Form zur Hierarchie erstarkt, das macht keinen Unterschied. (Zusimmung Links.) Ein Sicherheitsventil gegen das Parteiregiment ist die Freiheit, die letzte Zukunft bedrängter Gewissen. Dieses wird das Kirchenregiment zu beobachten haben, damit nicht die trau- bende Kraft sich verflüchtigt und endlich eine Kirche ohne Bekenner, eine Kirchenverwaltung ohne Inhalt und eine Landeskirche von königlichen Lehr-beamteten bestehe. Noch will ich die Freiheit nicht und habe die Hoffnung, die Kirche der acht älteren Provinzen unter dem neuen Nothdach zusammen-zubringen. Ein compactes Zusammenhalten der Evangelischen ist leider, zwar nicht für den Abg. Birchow, wohl aber für unsere Glaubensgenossen in der Diapora.

Wenn wir 350 Jahre unter dem allertüchtigsten Nothdach gelebt haben,

dann können wir auch noch einige Jahrzehnte unter dem restaurierten aus-
halten. Es ist wirklich Vieles besser geworden durch Einführung des Laien-
Elementes in das Kirchenregiment, durch Theilnahme der Kirchenvertretung
an der Legislative, durch Vertretung der größeren städtischen Gemeinden, so
daß solche Fälle, wo Berlin, welches doch die Hälfte aller Evangelischen in
der Mark repräsentiert, auf der letzten General-Synode mit Noth und Mühe
nur ein Mitglied hätte beibringen können (Hört! Hört!), in Zukunft nicht
mehr möglich sind. Auf dem Boden der Kirchenverfassung werden sich die
kirchlichen Parteien und Richtungen überbieten und lernen, auszusprechen,
verstehen und ausgleichen können, daß die Gegensätze jetzt bereits an Schrof-
fenheit verloren haben. Es gab allerdings bisher weite Kreise in der Kirche,
die mit der Welt der Gegenwart nur in Verbindung standen durch die
„Kreuzzeitung“ und die Hengstenberg'sche „Kirchenzeitung“ nur eine Broschüre
ihrer Partei, welche den Repercatolag vervollständigte und den Antichrist am
Donnerstag — eine beliebige Bezeichnung für dieses hohe Haus auch schon
vor der Sonnabendrede des Abg. Wichow (Große Heiterkeit) nicht dergest,
gelange zuweilen zu ihnen. Wäre diese Partei jetzt untermittelt in einer
von den Staatsfactoren unabhängigen Kirche zur Herrschaft gelangt, dann
würden die Befürchtungen berechtigt, daß sie einen Ausweitungsschritt
konstruirt hätte für alle, die nicht auf demselben kirchlichen Standpunkt stehen,
wie sie und daß sie nach Eliminierung aller übrigen Parteien angefangen
hätten, sich unter einander hinauszukämpfen, (Große Heiterkeit) denn sie sind
im Grunde alle heterodox. Deshalb will ich lieber auf einige Zeit ein mildes
Staatsregiment als ein einseitiges Parteiregiment.

Die Herren im Centrum wissen von einem solchen zu erzählen. (Wider-
spruch im Centrum.) Sie widersprechen, m. H., Sie sind doch nicht alle
Jesuiten? (Abg. v. Schorlemer-Mast: Ja wohl!) Ja dann wird mir Ihr
Widerspruch klar, denn die herrschende Partei behauptet ja immer von sich,
daß sie nicht herrscht. Denken Sie doch an die Entstehung des Vaticanums!
Ich verstehe als Deutscher und Theologe die Collision der Pflichten, in welche
durch die Entscheidung die deutschen Bischöfe gerathen sind, welche mit allen
Waffen der kirchlichen Erfahrung und der Wissenschaft gegen die Unwissen-
heit des römischen Clerus und die Macht des Jesuitismus über die neue
Lehre kämpften. (Widerspruch im Centrum.) Für unsere Kirche ist in der
neuen Verfassung gegen ein einseitiges Parteiregiment ein Schutzmittel darin
gegeben, daß man Gelegenheit zu der lebenswichtigen Inconsequenz findet,
den theoretisch und principiell zur Hölle verdamnten Gegner achten und
lieben zu lernen. Es kommt zum Bewußtsein, daß unsere Kirche auf Grund
des Schriftprinzips eine gemeinsame Uniform nicht verträgt. Darum bitte
ich Sie, namentlich die der Vorlage gegenüber bisher Indifferenten, im Na-
men meiner armen, zerrissenen und zerfallenen Kirche, geben Sie uns den
Boden, auf dem die Glieder der evangelischen Kirche sich wieder zusam-
menfinden, kennen lernen und wieder miteinander vertragen können! (Lebhafter
Beifall.)

Abg. v. Sauten (Zarpfisch): Trotz des Beifalls, den der Vortrager
gefunden, wird der Erfolg seiner Worte, wie ich glaube, nur gering sein,
weil er ebenso viele Gründe gegen die Annahme der Vorlage als für die-
selbe geltend gemacht hat. Ich gestehe zu, daß seine Ausführungen viele
Wahrheiten enthalten, — hierher rechne ich namentlich den Ausdruck, daß
es für einen Geistlichen sehr schwer sei, sich von der rabies theologorum
frei zu halten, wofür er selbst ja ein lebendiges Beispiel hat (Heiterkeit und
Widerspruch) — diese Anerkennung kann ich aber nicht denjenigen Bemerkun-
gen zollen, die gegen den Abgeordneten Wichow gerichtet waren. Der
Abgeordnete Wichow hat niemals gesagt, es wäre ihm am liebsten, wenn es
überhaupt gar keine Kirche gäbe, sondern er hat nur dem Gedanken Aus-
druck gegeben, daß er selbst einer Kirche nicht bedürfe. Ebenso wenig hat er
behauptet, die christliche Moral stehe im Widerspruch mit den sittlichen An-
schauungen der Gegenwart; seine Ausführung ging vielmehr dahin, daß die
Form, in welcher die Kirche die Moral lehre, so sehr mit unsern modernen
Anschauungen in Widerspruch stehe, daß der Zweck dadurch vollkommen ver-
fehlt werde. Daß Kant die Lehre der christlichen Kirche, daß wir allzumal
Sünder sind, anerkennt, ist durchaus nichts Neues, was aber den Stand-
punkt Kants von dem unsern Kathedismus unterscheidet, ist die von ihm
aufgestellte Forderung, das Gute zu thun, um des Guten selbst willen, nicht
aber aus Rücksicht auf irdischen oder himmlischen Lohn. Man hat sodann
dem Abg. Wichow gewissermaßen einen Vorwurf daraus gemacht, daß er
sich auf Bezirksvereine gestützt habe. Die Bezirksvereine, m. H., sind Gesell-
schaften, die den Zweck haben, im Gegensatz zu destrucitiven Tendenzen Bür-
gerthum und Bürgerthum zu pflegen; wollen Sie den Männern, die solchen
Zielen ihre Zeit opfern, und die zum weitaus größten Theile in der Mitte
der von der kirchlichen Bewegung berührten Gemeinde stehen, das Recht
verweigern, an der Vorlage ihre Kritik zu üben? Der Herr Minister hat
uns gesagt, daß er seine ganze Kraft für das Zustandekommen dieses Werkes
eingesetzt habe und daß die vorliegenden Bestimmungen das Beste seien, was
überhaupt erreicht werden könne. Wenn das letztere wirklich der Fall ist,
dann halte ich es Angelegenheit der großen Gefahren, die die Synodalordnung
für die evangelische Kirche birgt, für nützlicher, auf jede Synodalordnung
zu verzichten.

Wir scheitern es überhaupt ein Widerspruch, an dessen Lösung wir uns
vergeblich abarbeiten werden, den Protestantismus in eine feste Organisation
zu zwingen. Nach meiner Ansicht giebt es auf dem kirchlichen Gebiete nur
zwei Principien, die sich einander anschließen: das Autoritätsprincip und
das Individualitätsprincip. Das erstere ist in der katholischen Kirche
verwirklicht und nur für solche Naturen geeignet, die im Stande sind, sich in
Glaubenssachen einer Autorität zu fügen. Derartige Naturen haben wir auch
in der evangelischen Kirche und sie sind es, die bemüht sind, eine der katho-
lischen ähnliche Organisation auf sich zu ziehen. Das Individualitäts-
princip ist dagegen das Princip, das auf die Forderung der Reformation ge-
richtet war und das verkörpert ist in den Bestimmungen unseres alten Lan-
drecht. Ein drittes giebt es nach meiner Logik nicht. Nun versucht aber die
Vorlage, ein solches Drittes zu schaffen in dem Majoritätsprincip, das
von den Freunden desselben unter dem Namen eines Repräsentativsystems
empfohlen wird. Der Abg. Wichow will dieses kirchliche Repräsentativsystem
dem für die staatlichen Vertretungen geltenden System nachbilden, dabei aber
übersehen, daß sich zwischen Staat und Kirche gar keine Parallele ziehen
läßt. Im Staate ist es notwendig, daß der Einzelne sich dem Interesse
der Allgemeinheit unterordne und deshalb ist es zweckentsprechend, bei der
Gesetzgebung die Majorität entscheiden zu lassen; in der Kirche dagegen hat
die Allgemeinheit die Gewissensfreiheit jedes Einzelnen zu respectiren, ein
Verstoß gegen diesen Grundsatz führt zum Glaubenszwang und zur Unsit-
tlichkeit. (Sehr wahr.) Einer solchen Majoritätsherrschaft gegenüber wähle
ich lieber die absolute Herrschaft eines Einzelnen, denn eine Repräsentation
wird viel geneigter sein, einer Minorität ihre religiösen Ansichten aufzudrängen,
als ein einzelner Fürst. Und nun, meine Herren, betrachten Sie sich
diese sogenannte Repräsentation der Kirche. Es ist schwer, keine Satire zu
schreiben! Die Art, in welcher die Repräsentativkörper zusammengelegt werden
sollen, entspricht etwa auf politischem Gebiete der Forderung, die Provinzial-
landtage aus den Landräthen, Regierungsräthen und einigen ernannten Per-
sonen zusammenzusetzen. (Heiterkeit.)

Ich möchte den Minister sehen, der in Bezug auf die staatliche Organi-
sation eine solche Zumuthung machen dürfte, den kirchlichen Gemeinden
aber glaubt man zu etwas bieten zu können. Man hat auf die bisherigen
Erfahrungen hingewiesen, welche beweisen sollen, daß diese Art der Reprä-
sentation die freie Meinungsäußerung in den Synoden keineswegs unter-
drückt; wenn solche freiere Ansichten Raum gewonnen haben, so finde ich
den Grund nur in dem Umfange, daß noch eine gewisse Unklarheit über
die Anschauungen in den maßgebenden Kreisen herrschte. Jedenfalls ent-
spricht die uns vorgelegte Verfassung nach dieser Richtung dem Grundsatz der
Sache nicht und läuft dem Princip der Vertretung des Laienelements direct
zuwider. Der Herr Minister hielt uns gewissermaßen als Warnung die
Thatsache entgegen, daß wir bei einer Verwerfung der Vorlage mit der
„Kreuzzeitung“ Hand in Hand gehen würden; diese Thatsache erschreckt mich
nicht. Die „Kreuzzeitung“ kämpft für das von ihr vertretene orthodoxe Be-
kenntniß, wir kämpfen mit ihr, weil wir das Bekenntniß Niemandes majori-
tären lassen wollen. Den Vorwurf, der in der Insinuation liegt, daß die
Vorlage annehmen würden, wenn wir die Gewissensfreiheit hätten, in der Ver-
tretungen die Majorität zu behalten, weise ich zurück; wer die vorliegenden
Bestimmungen annimmt, muß auch den Muth haben, in der Minorität zu
bleiben. Einer Inconsequenz machen wir uns durch ein ablehnendes Votum
nicht schuldig, denn wenn wir früher eine Synodalordnung wünschten, so
geschah dies zum Schutze der Gewissensfreiheit, eine Synodalordnung, die
diese Freiheit gefährdet, wollen wir nicht. Man hat uns ferner wieder ent-
gegengesetzt, man müsse sich auf den Boden eines Realpolitikers stellen.
Wohin man mit diesem Sage kommt, das beweisen die hinter uns liegenden
Erfahrungen. Wie steht es nun im vorliegenden Falle? Die Vorlage wird
von allen Seiten getadelt und der Abg. Miquel selbst sagt, er betrachte sie
nur als ein Experiment; ich möchte ihn daher lieber einen Experimental-
Politiker als einen Realpolitiker nennen. (Heiterkeit.) Wenn man dem
Grundsatz hulbig will, daß man ein Gesetz annehmen müsse, weil es im
Augenblick nicht möglich sei, ein besseres zu erlangen, so würde man zu be-
denklichen Gefahren kommen. Für mich ist die Vorlage so beschaffen, daß ich
entweder wesentlich amenden oder verwerfen muß, und da das erstere nach

dem eigenen Ausdruck des Herrn Ministers wenig Erfolg verspricht, so ent-
scheide ich mich für das letztere.

Wenn der Artikel 12 bestimmt: „Kirchliche Gesetze und Verordnungen sind
nur soweit rechtsgiltig, als sie mit einem Staatsgesetze nicht in Widerspruch
stehen“, so ist mir die praktische Bedeutung dieses Satzes nicht klar. Ueber
die Frage der Rechtsgiltigkeit eines emanirten Kirchengesetzes würde doch im
einzelnen Falle auf dem Wege des Processes entschieden werden müssen und
der Richter hätte also „Im Namen des Königs“ die Bestimmungen für
unverbindlich zu erklären, die von dem König als Träger des landeskirch-
lichen Regiments sanctionirt worden sind. Ueber die Gefahren, die dem Be-
kenntniß aus einer Majorisirung drohen, hat man uns durch die Bestimmung
des § 1 zu beruhigen gesucht, wonach der Bekenntnisstand durch dieses Ver-
fassungsgesetz nicht berührt werden soll. Daß dieses vorliegende Gesetz den
Bekenntnisstand nicht berührt, ist freilich richtig, wohl aber werden die auf
Grund der Verfassung erlassenen kirchlichen Gesetze den Bekenntnisstand
berühren und deshalb ist die Befürchtung der Majorisirung durchaus gerecht-
fertigt. Wenn die Vorlage den Satz hinstellt: „Die General-Synode steht
auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses“, so weiß man nicht, ob
dieses evangelische Bekenntniß später festgestellt werden soll — und in diesem
Falle drohen alle die Gefahren, die über die Unterdrückung der Minorität
herbeigeführt werden, — oder ob die General-Synode auf dem Boden des
vor 300 Jahren festgestellten Bekenntnisses stehen und sich von demselben
nicht rühren soll. Das letztere wäre das Horribelste, was einem Protestan-
ten zugemuthet werden kann. Glauben Sie etwa, daß jene Männer, die
die Bekenntnisschriften der Kirche vor drei Jahrhunderten aufstellten, selbst
den Anspruch erhoben haben, daß das, was sie geschrieben, nun für alle
Ewigkeit gelten soll? Ehe ich einen solchen papiernen Papst anerkenne, ent-
scheide ich mich lieber für einen lebendigen, bei dem doch die Möglichkeit
einer Weiterentwicklung gegeben ist. (Heiterkeit.)

Der § 7 bestimmt, daß gegen die obligatorische Einführung kirchlicher
Bücher jeder einzelnen Gemeinde ein Widerspruchrecht zusteht. Der Minister
hat dies als einen besonderen Vorzug gerühmt, übersieht dabei aber, daß
die Bestimmung nur ein Schutz der Orthodoxie ist, die sich gegen die Ein-
führung zeitgemäßer Bücher wehren kann, während keine Gemeinde das
Recht hat, gegen den Willen der Provinzialsynode die einmal eingeführten
Bücher abzuschaffen. Nach demselben Paragraphen unterliegt der Landes-
kirchlichen Gesetzgebung auch die Regelung der kirchlichen Pressefreiheit; nach
meiner Uebersetzung wird hiernach die Ernennung der Professoren, die die
evangelische Theologie an den Universitäten dociren, wesentlich von den
Kirchenbehörden abhängig gemacht; jedenfalls wäre es wünschenswerth,
wenn Seitens der Regierung hierüber bestimmte Erklärungen gegeben
würden. Der Herr Minister hat uns davor gewarnt, durch Verwerfung
der Vorlage die Zahl der Unzufriedenen noch zu vermehren. Nach den
Urtheilen, die von allen Parteien über das Werk gefällt werden, glaube ich
kaum, daß die Zahl derer, die mit der Verwerfung desselben unzufrieden
sind, sehr erheblich ist; unzufrieden werden höchstens die Väter der Synodal-
ordnung sein, jene Streber, die durch dieselbe ihre persönlichen Wünsche er-
füllt sehen möchten. Von einer Unzufriedenheit der Menge ist nicht die
Rede, denn abgesehen von den Pastoren — deren Stimme hierbei sehr gleich-
giltig ist — werden die Gemeinden nicht böse sein, wenn sie von einer
Kirchenverfassung befreit werden, die den Behörden ein sehr weitgehendes
Besteuerungsrecht giebt, ohne den Gemeinden die volle kirchliche Freiheit zu
gewähren. Der Cultusminister selbst kann mit einer Verwerfung der
Vorlage nicht unzufrieden sein, denn er hat ausdrücklich erklärt, daß die
Möglichkeit einer späteren Verständigung nicht ausgeschlossen bleibe. Der
Behauptung, daß der gegenwärtige Augenblick der letzte geeignete Zeitpunkt
sei, um das Werk zum Abschluß zu bringen, widerspreche ich. Ich halte
die jetzige Zeit gerade für höchst ungeeignet; das Volk hat bereits so viele neue
Organisationsgesetze auf den verschiedensten Gebieten zu verarbeiten, daß wir
ihm ohne Noth nicht noch neue Aufgaben zumuthen sollten.

Uebrigens wird durch eine feste sich abschließende Organisation der preu-
ßischen Landeskirche der Weg zu einer allgemeinen deutschen evangelischen
Kirche erschwert, und dadurch mit der guten Tradition der preußischen Ge-
setzgebung, die bisher stets der deutschen vorgearbeitet hat, gebrochen. Man
kann neuerdings so vielfach über den Indifferentismus und die Unsittheit
klagen, ich glaube, daß das Verfehlen der Kirchen nicht allein seinen Grund
in der Langsamkeit mancher Prediger hat, sondern vornehmlich in dem Wider-
spruch, in dem sich die Form der dem Volke gebotenen Lehre mit den mo-
dernen Anschauungen befindet. Unter diesen Umständen halte ich den Aus-
tritt aus der Kirche für durchaus kein schlechtes Zeichen. Jedenfalls ist es
besser, daß die Leute, wie sie es mit der Religion ernst meinen, aus der
Kirche auscheiden, als wenn sie aus Indifferentismus und Gleichgiltigkeit
sich um dieselbe nicht kümmern. Wenn Sie fortfahren, in den bisherigen
uns fremd gewordenen Formen Moral und Sittlichkeit zu lehren, so verliert
dieselbe im Volke mehr und mehr an Idealität und stellt sich auf dasselbe
Niveau mit dem Straßengesetz. Sie befördern dann die Heuchelei und ziehen
dadurch den schlimmsten Krebsgeschaden groß, denn ohne Wahrhaftigkeit werden
Sie vergebens versuchen, die Sittlichkeit in unserem Volke zu fördern.
(Beifall.)

Ministerial-Director Dr. Förster: Auf eine einzelne directe Anfrage er-
laube ich mir, sofort eine Antwort zu ertheilen. Die Bestimmung über
die Pressefreiheit in dieser Gesetzesvorlage berührt durchaus nicht die Pro-
fessoren der Theologie an unseren Universitäten. Der betreffende Paragraph
dient zur Regelung der kirchlichen Pressefreiheit, nicht der theologischen
Pressefreiheit im Allgemeinen. Die Bestimmung bezieht sich also einzig und
allein auf solche Personen, welche in der Kirche lehren, welche ein Kirchen-
amt bekleiden, die Universitäts-Professoren sind Staatsinstitutionen und wer-
den es auch ferner bleiben. (Beifall.) Vorläufig hat sich allerdings der
Oberkirchenrath über die theologischen und Universitätsprofessoren gutachtlich
zu äußern, ob dies richtig ist, will ich dahingestellt sein lassen, jedenfalls
kann diese Frage nicht in der Synodalordnung, sondern nur durch ein Un-
terrichts-Gesetz erledigt werden.

Abg. Faber (früher evangelischer Geistlicher, Stadtrath a. D. in Halle):
Auf die Einzelheiten der Vorlage einzugehen, wird die Specialdebatte Ge-
legenheit geben, heute kann es sich für uns nur um eine Erörterung des
Hauptpunktes der Verfassung, um den Wahlmocus zur General-Synode han-
deln. Wir stehen doch dieser Ordnung heute nicht völlig gegenüber, denn
wir haben die Kirchengemeinde-Ordnung, die Basis des gegenwärtigen Auf-
baues, funktionirt, eben weil wir sie für eine feste und gute Basis hielten.
Wir würde die General-Synode, wenn sie aus Umwälzen der Gemeinden her-
vorgeht, sicher nicht gefallen. Der Abg. Miquel hat die Gründe, warum
sie nicht gefallen würde, bereits so ausführlich dargelegt, daß ich mich weiterer
Ausführungen darüber enthalten kann. Dagegen erhebt mir der Sub-
jectivismus und Idealismus des Abg. v. Sauten doch sehr bedenklich; ich
halte ihm die neulichen Worte seines Parteigenossen Berger entgegen: Eine
wirkliche Majorität wird sich bei jedem Wahlgang zur Geltung bringen!
Ganz unüberwindlich wird mir sein Subjectivismus, wenn er selbst den bisherigen
Zustand dem vorzieht, was die Vorlage vorschlägt. Ich glaube, der Fort-
schritt, den wir den heutigen Verhältnissen gegenüber machen, ist so groß,
daß er von jedem anerkannt werden mußte. Wir kommt es hier wesentlich
auf die Frage an: wie hat sich der preussische Staat zur evangelischen Kirche
zu stellen? Ich bedauere nichts mehr als die Verkennung der Bedeutung
der evangelischen Kirche für den Staat, der sich heute vorzüglich liberale
Männer schuldig machen. Der Staat als Rechts- und Verfassungsstaat be-
darf in seinen lebendigen Organen der sittlichen Kräfte, und woher soll er
sie nehmen, wenn nicht aus den großen Corporationen, deren Bestimmung
es eben ist, ideale Zwecke zu fördern? Hierzu kommt aber noch eine praktische
Erwägung.

Der preussische Staat ist vor Andern ein protestantischer Staat, in ihm
sind eigentlich die Grundprincipien des Protestantismus verkörpert, und wenn
dem so — kann er sich eine bessere Verbündete wählen als die evangelische
Kirche? Der Abgeordnete Wichow hat im Wesentlichen ausgeführt, daß bei
dem herrschenden harten Confessionalismus das Material nicht vorhanden
sei für eine geistliche Vertretung der evangelischen Kreise. Ich gebe noch
weiter. Seit einem Menschenalter ist die evangelische Kirche bei uns syste-
matisch getrocknet und gebunden worden, dieselbe kleine, aber mächtige Partei,
welche die politische Reaction ins Werk setzte, hatte auch auf ihr Programm die
Worte: „Orthodoxie und Hierarchie“ geschrieben und es dahin gebracht, daß heute
vielfach Gemeindevorsteher und geistliches Amt durch eine tiefe Kluft ge-
trennt sind. Ich begrüße diese Vorlagen, weil sie dem schlummernden protestan-
tischen Geiste einen Mund verleihen sollen. Ich weiß, daß auch unter den
evangelischen Geistlichen, welche aus der Schule der Orthodoxie hervorgegangen
sind, viele sind, die schwer über die heutigen Zustände seufzen und
lieber Diener ihrer Gemeinde, als Herren derselben wären. Der Abg. Wichow
hat auch den gegenwärtigen Augenblick für nicht geeignet erklärt; ich
erwidere ihm: wer wirklich das Bedürfnis empfindet, daß der Staat die
geistige Kraft der evangelischen Kirche zu heben habe, der darf keinen Augen-
blick mehr verlieren! Deshalb bitte ich Sie, lassen Sie die Vorlage aus der
Commission in einer der Mehrheit des Hauses annehmbaren Form hervorgehen.

Abg. Dr. Hänel: Es hat bis jetzt noch Niemand gesprochen, der in der
Begründung seiner Anschauungen nicht auf seinen individuell religiösen oder
philosophischen Standpunkt sich gestützt hätte. Ich für meine Person werde das
nicht thun; es soll mir bei meinen Ausführungen zur Ehre gereichen, wenn

Niemand aus denselben meinen religiösen Standpunkt erkennt. Ich erachte
die vorliegende Frage nicht als eine reine Frage der evangelischen Kirche.
Nur der letzte Redner hob hervor, welche Bedeutung die Synodalordnung
für den preussischen Staat hätte, aber schließlich kam er doch wieder zurück
auf die Frage, welche Bedeutung hat sie für die Kirche. Herr Schumann,
wohl der schneidigste Gegner der Synodalordnung, stimmte derselben, als er
sich fagen mußte, daß sie der Kirche von Nutzen sein werde, zu und bat uns,
sie anzunehmen. Ich betrachte die Frage einzig vom politischen Stand-
punkte aus, und da halte ich sie für eine Frage von eminent politischer Be-
deutung, und ich werde mich bestreben, zu Klärung, des Sinnes einzelner
Schlagwörter beizutragen. Die liberale Partei, sagt man, suche für die
Selbstständigkeit der Kirche einzutreten. Aber was gewährt denn eigentlich der
vorliegende Gesetzentwurf in der Selbstständigkeit? Ich behaupte, gar nichts,
absolut gar nichts; ich gehe sogar noch weiter und behaupte, sie verliert sogar an
Selbstständigkeit, und dies geschieht einfach durch die Einführung des Summe-
pistopats als einer definitiven und organischen Einrichtung der Kirche.
Bisher war der Summepistopat wohl eine historische Anschauung, aber jetzt
erhält er seine rechtliche Basis. Der Herr Abg. Richter hat uns schon dar-
gelegt, daß für die Reformatoren die Einführung des Summepistopats eine
zwingende Nothwendigkeit unter dem Drang der Umstände war, und führte
hierfür die drastischen Worte Luther's selbst an, der die Consequenzen in
folgenden Worten zusammenfaßt: entweder führe die Institution zur Ver-
kirchlichung des Staates oder zur Verstaatlichung der Kirche; und in der
That hat man hundert Jahre später den Summepistopat schon als theolo-
gisches Dogma hingestellt. Luther's Ausdruck ist vollkommen wahr. Wie
steht es denn nun mit unsern Gesetzen? Unser Landrecht hat den Summe-
pistopat mit Bewußtsein abgeschafft, wie ich Ihnen wohl am besten aus
Sauten's in seinen Erklärungen nachweisen kann.

Dieser Summepistopat hat sich aber trotz des Landrechts wieder Bahn
gebrochen und ist wieder, wenn ich so sagen soll, ein theologisch-juristisches
Dogma geworden. Welche Bedeutung hatte denn aber der Summepistopat,
wie er früher bestanden hat? Er nahm nur eine sehr vortheilhafte und
zurückhaltende Stellung ein; und dies beruhte auf einer doppelten Schranke,
die ihm gezogen war, einmal in der Zersplitterung der evangelischen Kirche
in viele Landes- und Provinzialkirchen, und auf der anderen Seite in der
maßvollen Rücksicht Seitens der Regenten, welche sich sagten, daß sie nicht
berufen seien in das kirchliche Leben der Gemeinden einzugreifen. Die
Schranken, die bisher dem Summepistopat in der kirchlichen Wirksamkeit
gezogen waren, die fallen jetzt fort. An erster Stelle soll diese Synodal-
ordnung die Centralisirung der evangelischen Kirche herbeiführen, nicht nur
gegenüber den provinziellen Sonderheiten, sondern auch ihrer Tendenz nach;
sie soll den Anfang bilden für die Ausbreitung dieser evangelischen Kirche
auch auf die übrigen Provinzen, um die sich dann die sämmtlichen deutschen
Landeskirchen schaaren sollen. Alle Schranken werden eingeeifert, der König
tritt in Zusammenhang mit den Gemeinden; indem er sich auf das Votum
der Kirche stützen kann, gewinnt sein Summepistopat erst das Ansehen, durch
welche sein Ansehen in kirchlichen Dingen erst die Realität gewinnt, und es
würde ein schwerer politischer Factor hinzutreten, mit dem man zu rechnen
hätte. Was ist eigentlich der Summepistopat? Man antwortet, daß ist die
Zweitheilung des Regenten, auf der einen Seite ist er Oberhaupt der Kirche,
auf der anderen Seite ist er Oberhaupt des Staates. Wenn ich auf dem
Rathgeber stand, wäre diese Erklärung ganz gut, und es würden sich viele
schönen Deductionen daran anknüpfen lassen; aber als Politiker, als Vertreter
des Volkes muß ich sagen, ist sie nichts werth. Den gesammten Einfluß,
den der Regent auf die Kirche ausübt, borgt er sich von der Staatsgewalt.
(Sehr richtig.)

Dieser Summepistopat als eine organische Einrichtung der evangelischen
Kirche ist nicht verfassungsmäßig, er ist verfassungswidrig, er steht im Wider-
spruch mit dem Grundsatz von der Parität der Religionsgesellschaften. Durch
die Sanctionierung des Summepistopats tritt die Staatsgewalt schützend ein für eine
Religionsgesellschaft, und die anderen nehmen nicht Theil an dieser Autorität,
oder bei vorwärtender Kritik tritt dieselbe ihm entgegen. Wenn Sie etwa
eine laxere Auffassung in Bezug auf die Verfassung haben sollten, so wer-
den Sie in unauflösbliche politische Widersprüche gerathen. Was nun den § 7
anlangt, der über die Competenz der General-Synode handelt, so unterstehe
ich auch in Nr. 8 die Bedingungen der Trauung. Als der Abg. Wichow
vorgestern diesen Punkt behandelte, wurde ihm heftig eingeworfen, daß sei
ja stets das Recht der Kirche gewesen. Zugabegeben dies, aber der Staat hat
das Recht der Civileheschließung. Nun stellen Sie sich den Fall vor, der
König soll als summus episcopus ein Schriftstück unterzeichnen, wonach die
Segnungen der Trauung einer Civilehe als unamoralisch verweigert wird,
während auf der anderen Seite durch den Standesbeamten ebenfalls im
Namens des Königs die Ehe abgeschlossen wird. Dadurch tritt auf jeden
Fall eine Verwirrung der Gewissen ein (Sehr richtig); und ich bin mit diesem
Punkte allein würde für mich die ganze Synodalordnung unannehmbar.
Ich komme nun zu der allerhöchsten Frage, und das ist die: welche Compe-
tenzen hat die Synodalordnung in Bezug auf die dogmatischen Gegenstände
der evangelischen Kirche? Es ist uns erwidert worden, es sei ja zweifellos,
daß durch den Zusatz zu Artikel 1 diese Competenzen ausgeschlossen seien. Aus
der Fassung dieses Zusatzes geht das nicht hervor. Es geht daraus nur hervor,
daß die Union und der Bekenntnisstand nicht berührt werde. Der Gehalt
dafür hat, der wird niemals leugnen, daß zum Begriffe der Kirche ein be-
stimmtes Bekenntniß gehört; aber davon ganz verschieden ist die Frage, ob
es in der Kirche eine äußere Autorität giebt, welche im Stande ist, ein
Glaubensbekenntniß mit bindender Kraft für einzelne Gemeinden oder für
die Gemeinschaft zu geben oder zu definiren.

Eine solche Autorität giebt es eben nicht. Ich halte das für die ganze
Gefahr, aber auch für den ganzen Ruhm der evangelischen Kirche; ich kenne
nur die Bibel und die Freiheit, in der Bibel zu forschen; ein anderes Be-
kenntniß erkenne ich nicht an. In dieser Synodalordnung aber wird der
Versuch gemacht, ein solches definitives Bekenntniß festzustellen. Will man
aber das, so frage ich, wo kommen Sie mit Ihrem Summepistopat hin? An
dem Tage, an welchem einmal der Name eines Königs von Preußen unter
einem Kirchengesetz steht, welches ein Dogma legitimirt, an diesem Tage ist
in der That die Autorität des Staates eingesetzt worden für ein Dogma, an
diesem Tage giebt es ein Staatsdogma (Sehr wahr! sehr richtig! links) und,
meine Herren, ein Dogma, über dem die ganze Autorität steht, die in dem
preussischen Staat der König von Preußen besitzt. Wenn gestern der Abg.
Wichow dies Subjectivismus nannte, so möchte ich immerhin der Cultusminister
dadurch berührt fühlen, obwohl ich immer finde, daß derartige Carlsamen
meinem Freunde Wichow besonders gut stehen; allein Wahrheit war es doch,
wenn auch in farlasterlicher Form. Die Consequenzen der Grundlage desjenigen
Systems des Summepistopats, wie es diese Vorlage in die Organisation der
evang. Kirche einführen will, befinden sich unter allen Umständen dieser General-
Synodalordnung meine Zustimmung zu geben. (Beifall links.) Das ist die
negative Seite. Was die positive betrifft, so habe ich zunächst meine volle
freundliche Zustimmung zu der Organisation der Gemeinden in der evange-
lischen Kirche auszusprechen und hierin weiche ich von der Auffassung des
Abgeordneten Wichow durchaus ab. Ich kann mir eine Gemeindeverfassung
gar nicht denken ohne eine gewisse Ueberordnung. Ich erkenne weiter die
Thatsache an, daß das Summepistopat von uns mit allen Amendirungen und
Verwerfungen nicht aus der Welt zu schaffen ist. Der Bericht auf dieses
Summepistopat kann nur aus der freien Entscheidung des Monarchen
hervorgehen.

Unter dieser Voraussetzung brauchen wir ein Uebergangsstadium und zu
einem solchen, wenn es mir in den passenden Formen vorgelegt wird, würde
ich gern meine Zustimmung geben. In einem solchen Uebergangsstadium
darf vor Allem das Summepistopat nur nach denjenigen Grundsätzen orga-
nisiert sein, nach denen wir überhaupt unsere Selbstverwaltung organisiert
haben. So lange das Summepistopat besteht, kann ich auch die evangelische
Kirche nur betrachten als eine untergeordnete Corporation, in Bezug auf
deren Selbstverwaltung bestimmte Einrichtungen im Sinne der Mitwirkung
ihrer Mitglieder getroffen werden können. Ich gestatte hierbei dem summus
episcopus ein gewisses Verordnungsrecht, aber ein solches, welches in ganz
bestimmte Grenzen eingefügt ist, und welches in das Gebiet des Dogmas in
das Gebiet des Bekenntnisses eingreift. Endlich müssen überall da, wo der
König als summus episcopus Verordnungen erläßt, überall ganz einfach die
nämlichen verfassungsmäßigen Normen eingehalten werden. Nur unter die-
ser Bedingung kann die durch die Verfassung gewährleistete Parität durchge-
führt werden und nur in diesem Falle kann dies Haus, dessen Zusammen-
setzung eine paritätische ist, die Controle darüber ausüben, ob nicht in ten-
denziöser Weise zu Gunsten der einen oder zu Ungunsten der anderen reli-
giösen Gesellschaft dieses besondere Verhältniß des Staates zur Kirche aus-
genutzt wird. (Sehr wahr!)

Glauben Sie nicht, meine Herren, daß dieser Standpunkt nur der eines
Mitgliedes der Fortschrittspartei sein kann; er ist derselbe, welchen derjenige
Hohenzoller gehabt hat, der am tiefsten über die Bedürfnisse der evangelischen
Kirche nachgedacht. Friedrich Wilhelm IV. gab bekanntlich im Jahre 1845
gegenüber dem Berliner Magistrat die Erklärung ab: „er sehe sich nach
dem Tage, wo er die Kirchengewalt wieder in die rechten Hände zurückgeben
kann,“ er hat die volle Selbstständigkeit der Kirche nur erlaubt in der Sum-
lösung der Kirche vom Staate, d. h. in der freiwilligen Aufgabe des Summe-
pistopats. Er hat jede Selbstständigkeit der evangelischen Kirche als eine

nicht genügende betrachtet, die nicht an diesen Zielpunkt gelangte. Er hat das Summepistopat nur als eine vorübergehende Einrichtung zur Ueberführung in die wahren Formen der evangelischen Kirche betrachtet. Nun, m. H., an diesem Ziele halte ich fest, und jetzt nach der Verfassung behaupte ich, ist es die einzig mögliche Form und Gestaltung, unter welcher wir überhaupt die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche begründen können. Was Sie jetzt begründen, ist nicht die Selbstständigkeit, das ist im Gegentheil die verstärkte Abhängigkeit, das ist nicht die Möglichkeit einer Weiterbildung, sondern die Abknechtung derselben. Es ist die Tendenz in der That, die zur Staatskirche hinführt. Es ist nicht die, welche volles, gleiches, verfassungsmäßiges Recht für jede Religionsgesellschaft in Preußen will und welche darum das Summepistopat als dauernde Einrichtung verwirft, weil die Synodalordnung dieser Tendenz widerspricht und weil sie in dieser ihrer Construction nicht amendirungsfähig ist, darum verwirft sie. (Beifall links.)

Abg. Wehrenpennia: Von dem Standpunkte des Vorredners läßt man consequenter Weise zur Episkopal- oder zur demokratischen Presbyterial- oder auch zur reinen Staatskirche. Sehr wichtig ist es, daß seine ganzen Ausführungen sich in einem Gedanken zusammenfassen lassen, der in der That der principielle wichtigste ist. Wenn es wahr wäre, was der Abgeordnete Hänel sagt: daß die Synodalordnung zu einer Weiterentwicklung des Summepistopats dränge, so würde mich keine Rücksicht hindern, die Vorlage zu verworfen. (Gelächter im Centrum.) Lassen Sie sich aber nicht von Abstraktionen leiten, sondern berücksichtigen Sie die concrete Thatfache. Die Organe des Summepistopats sind heute der Oberkirchenrath, die Consistorien, die General- und Superintendenten und Superintenden. Wie steht es in Zukunft mit allen diesen Behörden? Nur in der Verantwortung dieser Frage finden Sie die Antwort auf die anderen, in welcher Weise der Summepistopat sich weiter entwickeln wird. Heute kann keine Verfassung in diese Behörden ohne Zustimmung des Cultusministers stattfinden, und diese Verhältnisse bleiben völlig intact; nicht einen Schritt wird der verantwortliche Cultusminister aus seiner bisherigen Position verdrängt! Ich glaube auch, daß nie wieder ein Monarch es wagen wird in die religiösen Verhältnisse in der Weise eingzugreifen, wie dies drei Jahrhunderte lang in Deutschland geschehen ist, unsere Cultusminister machen dies eben unmöglich. So dankbar ich dem großen Fürstentum bin, daß er die freistehenden Lutheraner seiner Zeit zu Paaren trieb, so weiß ich doch, daß es etwas niemals wieder vorkommen kann; und das Gesetz giebt den Gemeinden selbst die Widerstandsmittel dagegen an die Hand. Freilich verlange ich noch eine weitere Garantie dafür, daß zu keiner Zeit die Synode im Stande ist, in Widerspruch mit dem Staate zu treten.

Ich komme damit zu einem bereits vom Vorredner berührten Punkte. Ich verneine nicht, daß die Synode im Stande wäre, eine Trauordnung für die evangelische Kirche zu geben, ohne Berücksichtigung der bürgerlichen Eherechtung. Eine solche Synodalordnung aber kann ich unter keinen Umständen annehmen; ich bitte die Herren (nach links), welche Gegner der Vorlage an sich sind, uns wenigstens zu helfen, sie möglichst unschädlich zu gestalten. (Auf: Das werden wir thun!) Eine solche Trauordnung, wie ich sie gekennzeichnet habe, könnte und müßte freilich der Staat für rechtmäßig erklären, aber das wäre so lange erfolglos, als es die Geistlichen nicht hindern würde, diese Ordnung weiter anzuwenden. Wir bedürfen hier eines weitergehenden Schutzes, wenn wir nicht auf den mittelalterlichen Staat kommen und ein katholisches Princip hineinbringen wollen. Sonst laufen wir Gefahr, daß der Staat die kirchengehörige ungültig erklärt, die Kirche sich aber nicht um das Staatsgesetz kümmert. Dazu haben wir aber nicht fünf Jahre lang schwere Kämpfe zu Ehren des Staatsgesetzes geführt! Was sind überhaupt kirchengehörige? Der Begriff ist in Deutschland niemals acceptirt, und wenn wir das Wort auch nicht ausmerzen können, so wollen wir seine Bedeutung wenigstens ungefährlich machen. Wir werden deshalb verlangen müssen, daß die Staatsregierung die Befugnis erhält, jede kirchliche dem Staatsgesetz oder dem Staatsinteresse widersprechende Ordnung bei Seite zu schaffen, dann wird der Summus Episcopus nur ein unschädliches Anhängsel des Staatsoberhauptes sein.

Ich komme nun zur dogmatischen Competenz der Synode, welche in ihrer jetzigen Ausdehnung, das ist ich voraus, in derselben von ihrem rechten Flügel bekräftigt worden ist. Die Gemäßigten waren dafür, weil sie einen besseren Einfluß davon auf die beschränkten confessionellen Auffassungen vieler Geistlichen erwarteten. Die Garantien, welche der Collegen Hänel mit seinen Ausführungen erwartet, führt ihn direct in die Arme der Herren von Kleist-Nehow und Hegel, welche mit Hilfe solcher Anschlüsse den Einfluß festhalten möchten, den sie im Oberkirchenrath bereits ganz und in den Consistorien theilweise verloren haben. Sie mehr die liberale Partei die Vorträge von der Auflösung der Kirche vom Staate, von einer festeren Staatsdotations derselben und dergleichen aufgeben wird, je fester sie durch den Staat ihren Einfluß auf die evangelische Kirche halten wird, um so geringer wird die Gefahr einer dogmatischen Entwicklung der Generalsynode gegen den Geist unserer Bildung und Kultur sein. Die Zustimmung der Landesvertretung zu den Besteuerungsbeschlüssen der Synode halte ich dann für ein weiteres und unentbehrliches Schutzmittel. Ich darf wohl schließen, indem ich an eine Aeußerung des Herrn v. Kleist-Nehow anknüpfe. Er sagte in Bezug auf die Synodalordnung: „Es bleibt Alles beim Alten.“ Eben weil es dabei bleibt, weil der Staat sich keine Rechte giebt, bin ich bereit, mich mit der Regierung über die Vorlage zu verständigen. (Beifall.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Staatsberatung.)

Berlin, 28. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt Dr. Jeyßlitz zu Straßburg i. E. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem königlich bayerischen Geheim-Secretär Koppmann im Kriegs-Ministerium den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Dr. jur. Gerlich zum Vice-Consul bei dem General-Consulat des Deutschen Reiches zu Newyork ernannt.

Se. Majestät der König hat Altköniglichen Rathen am Hofe, Geheimen Legationsrathen von Wenzel zu anderweitigen Dienstfunctionen abberufen und an seiner Stelle den Legationsrath Fürsten zu Lynar zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem gedachten Hofe ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Hauptfiscal-Referenten bei der Westfälischen Eisenbahn Julius Crone in Münster, den Regierungs-Secretären Bernin zu Danzig, Weißgerber zu Coblenz, Blume zu Magdeburg und dem Referenten der Institutklasse Sabn zu Breslau den Charakter als Rechnungsrath; dem Secretär Kraft bei dem Landes-Directorium zu Arolsen den Charakter als Canzlei-Rath; sowie dem Banier Siegfried Simonson und dem Kaufmann Adolph Emil Frenkel, beide zu Berlin, den Charakter als Comptien-Rath verliehen.

Die bisherigen königlich preussischen Militär-Intendantur-Secretäre Michael von der 25. (Großherzoglich badischen) Division und Königsherg vom VI. Armeecorps, sowie der königlich sächsische Militär-Intendantur-Secretariats-Mittler Steinbach vom XII. (königlich sächsischen) Armeecorps sind zu Geheimen revidirenden Calculatoren bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reiches ernannt worden.

Der königlich bayerische Abtheilungs-Ingenieur Wilhelm de Bary ist zum Eisenbahn-Betriebsinspector bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen ernannt und ist demselben die Verwaltung der Betriebs-Inspection Luxemburg übertragen worden.

Berlin, 28. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] wohnten gestern dem Gottesdienst im Dome bei und empfingen demnach den Rittmeister Synold von Schurz vom 4. Husaren-Regiment, den Hauptmann von Trostschke vom Garde-Füsilier-Regiment und den Lieutenant von Buditzki vom 2. Garde-Regiment, beauftragt mit der Ordensdecorationen ihrer verstorbenen Väter. — Nachdem Se. Majestät die Vorträge des Oberst-Kammerers Grafen Schleinitz, entgegen genommen hatten, empfingen Allerhöchstdieselben den kaiserlichen Botschafter, General-Lieutenant von Schweinitz, vor dessen Abreise nach St. Petersburg.

Heute nahmen Se. Majestät der Kaiser und König die Vorträge des Geheimen Civil-Cabinetts und der Hofmarschälle entgegen und begaben sich um 2 Uhr nach dem Alsbaynhof zum Empfang Ihrer Majestät der Königin von Württemberg.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 8. diesjährigen Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienste in der Capelle des Augusta-Hospitals bei. — Das Familienbinder fand bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl statt.

Heute empfingen Ihre Majestäten den Besuch Ihrer Majestät der Königin von Württemberg auf Ihrer Durchreise von St. Petersburg nach Stuttgart.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend, Vormittags um 11 1/2 Uhr, militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr den Geheimen Ober-Medicinal-Rath Dr. von Langenbeck. Um 12 1/2 Uhr hörte Höchstdieselbe einen Vortrag des Majors im königlichen Kriegsministerium Andrae.

Gestern nahmen Ihre Kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin an dem Familien-Diner bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Carl Theil. (Reichsanz.)

Provincial-Beitung.

* Breslau, 29. Februar. [General Steinmeß.] Wie der „Börs. Anz.“ erzählt, ist Se. Excellenz der Herr General-Feldmarschall von Steinmeß an einer Lungenentzündung nicht unbedeutlich erkrankt, doch soll sich derselbe bereits wieder auf dem Wege der Besserung befinden.

H. Breslau, 28. Februar. [Schlesischer Provinzialverein zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger.] Die gestern Mittag 12 Uhr im Sitzungssaale der königlichen Regierung unter Vorsitz des Oberpräsidenten, Grafen v. Arnim, abgehaltene Generalversammlung nahm zunächst die Erwählung für mehrere Vorstandsmitglieder vor, deren Wahlzeit abgelaufen war. Es wurden die Herren Stadtrath Korn, Geh. Commerzienrath von Ruffer, Bergbaupolymann Dr. Serlo, Stadtrath Friedenthal und Consistorialrath Schuppe wieder und an Stelle des verstorbenen Professor Dr. Telfkamp der Landschafts-Syndicus v. Paczenski neugewählt.

Demnach erstattete der Vorsitzende dem Verwaltungsbericht pro 1875. Nach demselben hat sich die Thätigkeit im abgelaufenen Jahre 1875 auf die Fürsorge für solche bedürftige ehemalige Militärs beschränkt, welche zur Befestigung resp. Verrückung ihrer Leiden in Folge Verwundung oder großer Strapazen während der Campagne 1870-71 noch immer besondere Aufwendungen zu machen genöthigt waren.

Nach dem Rechnungsbuch pro 1874 blieb ein Vermögensbestand von 56,682 Mk. 50 Pf. Der geprüfte Rechnungsbuch pro 1875 weist nach: an neuen Einnahmen 14,632 Mk. 23 Pf., an Ausgaben 13,538 Mk. 94 Pf., so daß ult. 1875 ein Vermögensbestand von 57,775 Mark 79 Pf. verblieben ist. Da der Verwaltungsrath und der Kassirerbericht zu keinerlei Bemerkungen Veranlassung geben, so wird der Verwaltungsdarstellung ertheilt.

Für das Jahr 1876 werden wiederum 1000 Mk. zu Badeunterstützungen und Beihilfen ausgeworfen.

Von dem bayerischen Frauen-Verein ist der Antrag eingegangen, ihm für das neuerdings von ihm errichtete Institut zur Ausbildung ärztlicher Krankenpflegerinnen eine jährliche Beihilfe zu gewähren. Bei der Erörterung dieses Antrages wird die Vorzüglichkeit des von dem Frauenverein errichteten Instituts anerkannt, es wird ferner darauf hingewiesen, in wie engem Zusammenhang dasselbe mit den Aufgaben des Provinzial-Vereins stehe und endlich hervorgehoben, daß der Verein, dessen Thätigkeit und Mittel augenblicklich nur wenig in Anspruch genommen seien, sich auch in der Lage befinde, eine Unterstützung dem jungen Institute des Frauen-Vereins gewähren zu können. Es wird beschloffen, dem bayerischen Frauen-Verein für die Jahre 1876-78 eine Beihilfe von je 1500 Mk. für das Institut zur Ausbildung ärztlicher Krankenpflegerinnen zu gewähren.

Δ Neufalz a. D., 28. Februar. [Zum Hochwasser.] Das Wasser unseres Oberstromes ist in der vergangenen Nacht um 3 Zoll gefallen. Am höchsten stand dasselbe gestern Abend gegen 7 Uhr bei 17 Fuß 2 1/2 Zoll Höhe, womit die Krone des die Stadt schützenden Damms erreicht war. An zwei Stellen strömte es in einer Breite von 5 Fuß bereits über. Bis gegen Mitternacht hat das gefährliche Element auf dem oben angeführten höchsten Standpunkt verharret. Auf den Straßen der Stadt kam man bis an den Mühlplatz mit Rähnen von 6 bis 8 Personen beladen herangefahren. Der Unterricht in den Schulen ist seit Sonnabend ausgesetzt. Nachdem jetzt das Wasser des Stromes fällt, dringt das Grundwasser, nachdem die Keller vieler Häuser gefüllt, in die Parterre-Wohnungen einer bedeutenden Anzahl von Gebäuden in der Stadt ein. Am Sonnabend Vormittag hörte man am Stromesufer die Klode des Schulhauses zu Tische klappen, und man vermutete, es sei ein Hülse. Alsbad fuhren zwei Rähne zur Nachforschung dahin an, welche die Nachrich zurückbrachten, daß ein Sterbefall zum Tanten Anlaß gegeben. Wenige Stunden darauf wurde der Canal-Canal-Damm durchbrochen, wodurch die Dischasi Tische in die vorher vermuthete Wasserfluth geriet. Viele Theile von Häusern, Mobilien, Thiere u. s. w. wurden von dem wüthenden Strome fortgerissen. Das Hochwässer der Tische Haus, sowie eine Scheune stürzte ein, wonach die Ruinen der Gebäude dem Schicksal des reisenden Stromes derselben.

Δ Steinau a. D., 28. Februar. [Zur Ueberschwemmung.] Nachdem das Wasser in der Der sich durch fast 48 Stunden auf einer Höhe von 16 Fuß 2 Zoll gehalten, begann es endlich in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag einigermaßen zu fallen, so daß es bis Sonntag Abend bis auf 15 Fuß 8 Zoll herabsank. Das von Breslau angeforderte Eis, welches dem Sonnabend bereits erwartet wurde, soll sich jetzt noch gewisse Brücken passieren. Wie wir erfahren, soll sich dasselbe — von heftigem Westwind nach der rechten Stromseite getrieben — hauptsächlich in den oberhalb gelegenen Waldungen festgesetzt haben. Diefelbe Wahrnehmung wurde bei erstem Gange auch bei unferem Stadtwalde gemacht, indem sich ein Theil des vom Wind an den Deich getriebenen Eises in der Nähe unseres Försterhauses festsetzte und bis heute daselbst noch steht. Dasselbe Schicksal dürften auch die von Breg und Breslau abgeforderten Baumstämme gehabt haben. Hier wurden nur wenige, sehr vereinzelt ankommende kleinere Stämme beobachtet und zum größeren Theile auch aufgefunden. Die in bedeutenden Massen abgeforderten Holzstämme hätten an diesem Brücken durch Anprall an Pfeiler und Eisdäme, vorzüglich aber durch Quertage vor die einzelnen Joche, bedeutenden Schaden anrichten können. Wie uns mitgetheilt wird, sollen auch auf dem benachbarten Terrain der Oberförsterei Schöneiche eine nicht unbedeutende Masse Baum- und Brennholzer weggeschwemmt worden sein. Zum großen Theil werden hievon Steinauer Bürger betroffen, welche das hinweggeschwemmene Holz in den kurze Zeit vor eintretendem Hochwasser abgehaltenen Auctionen erstanden haben, aber nicht mehr Zeit finden konnten, dieses Holz abzuführen, resp. in Sicherheit zu bringen. — In zehn kleinen Häusern der Stadt sind die Keller zum Theil, viele ganz mit Wasser angefüllt, und gab es deshalb in den vorangegangenen Tagen mit Vergung der in diesen Räumen aufbewahrten Vorräthe viel zu thun.

q. Strehlen, 28. Februar. [Simultanschule.] Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag ein Antrag des Magistrats, betreffend die Umwandlung der städtischen evangelischen und der katholischen Volksschule in eine Simultanschule, zur Beratung vor. Alle 24 Stadtverordnete waren anwesend, und es wurde mit 23 gegen eine Stimme dem Antrage des Magistrats gemäß beschloffen. Das Gymnasium wird am 1. October sein neues Gebäude beziehen, und dadurch werden die von demselben benutzten sechs Klassen des städtischen evangelischen Schulgebäudes wieder frei. Wenn nun die Verhandlungen mit der königlichen Regierung, welche zugleich Patron zweier Klassen der katholischen Volksschule ist, zum raschen Abschluß gelangen, so wird die simultane Volksschule bereits zum Herbst bei uns in's Leben treten.

[Notizen aus der Provinz.] * Groß-Glogau. Der „Nied. Anz.“ schreibt unterm 28. Februar: Das Wasser der Oder ist nunmehr langsam im Fallen begriffen; von Sonnabend bis heute Mittag 1 Uhr ist ein Rückgang von etwa 6 Zoll eingetreten; der Wasserstand ist 16 Fuß 6 Zoll. Am Sonnabend Abend circulirte in der Stadt das Gerücht, ein Damm am Brückenkopf sei gebrochen! Das Gerücht fand um so mehr Glauben, als man Pioniere zum Oderthore hinaus eilen sah. Es freilich Weise war die Sache nicht so gefährlich, der Fortificationsdamm am Brückenkopf, welcher als Fußgängerweg benutzt wird, war vom Wasser der alten Oder durchdrungen und auch stellenweise so ausgefüllt worden, daß Reparatur notwendig erachtet wurde. Herr Deichinspector Weisbrodt machte von dem Zustande des Damms, dessen Erhaltung Sache der Fortification ist, sofort der königl. Commandantur Anzeige und diese ordnete die Reparatur der schadhaften Stellen an. Die Löhner wurden von Pionieren mit Steinen, Fageln, Strohsäcken u. ausgefüllt, so daß bereits gestern Morgen alles wieder in besser Ordnung war. Am Vormittag des gestrigen Tages zeigten sich bei dem Festungswalle hinter dem Böttcher Seidel'schen Grundstück schadhafte Stellen. Der Sandstein, welcher den Hafen vom Festungswallgraben schied, war zur Hälfte durchbrochen und dadurch eine so bedeutende

Wirbelströmung im Wallgraben entstanden, daß der Wall an einzelnen Stellen unterpflüß wurde. Auch hier war Hilfe sofort zur Hand, Pioniere sprengten den siebengebliebenen Theil des Sandsteins und füllten mit Sinzulebung weiterer militärischer Kräfte die entstandenen Löcher aus. Ueberall sind Wachcommandos aufgestellt, welche neue Auspflüßungen verhindern, resp. repariren sollen. — Auf dem Dom und in den unter Wasser gesetzten Dörfern Oberau, Weidisch u. hat sich bis heute Wesentliches nicht geändert. Gestern Abend traf der Regierungspräsident Herr Frhr. v. Jellib-Neutrich von Plesch hier ein, besuchte heute früh Deutzen resp. Neufalz und gedenkt heute Nachmittag wieder hierher zurückzukehren, da der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Herr Graf v. Arnim, mit dem heutigen 11-Uhr-Zuge von Breslau eingetroffen ist. Derselbe wurde auf dem Bahnhofe von den Herren Landrath von Jagwitz und Oberbürgermeister Martins empfangen. Die Herren begaben sich nach einem kurzen Aufenthalte im Hotel „Deutsches Haus“ nach dem Dom und dem Brückenkopf, besichtigten die Brücke, die überschwemmten Straßen des Doms und fuhren alsdann nach Weidisch und Schreppau. Der Herr Ober-Präsident wird heute Abend nach Breslau zurückkehren.

+ Neustädte. Am 28. Februar wurde Hr. Kammerer und Beigeordneter Anders in Freistadt als Bürgermeister hiesiger Stadt auf die Dauer von 12 Jahren einstimmig gewählt.

Δ Bunzlau. Am 28. Februar entlud sich hier das erste Gewitter mit Donner, Blitz und Hagel.

Handel, Industrie u.

Berlin, 28. Februar. Im gestrigen Privatverkehr waren Speculationspapiere matter, besonders Lombarden weichend. Eisenbahnen blieben fest und belebt. (Märzcourse.) Oester. Creditact in 307-308-307, Lombarden 199 1/2-196-197, Franzosen 500 1/2-500, Galizier 85 1/2-86, 1860er Loose 113 1/2 Br., Italiener 71 1/2, Türken 19 1/2, Rumänier 27 cm. bez. u. Ob., Bergisch-Märkische 81 1/2-82,40-82,10, Köln-Mindener Bahn 100 1/2-101 1/2 bis 101 1/2, Rheinische 116 1/2-117 cm. bis 116 1/2, Oberschlesische 140 1/2 Ob., Disconto-Commandit 124-123 1/2-124, Reichsbank-Anleihe 157 1/2, Darmstädter Bank 108 1/2, Laurabütte 57 1/2-57-57 1/2, Gölzinger 39-42-41, Hannov.-Altenb. 19 1/2-20, Märk.-Posen 24 1/2-24, Russ. 4 1/2 Anleihe 91 1/2 B. bez.

Die Haltung der heutigen Börse spaltete sich noch schärfer wie der gestrige Verkehr; während die internationalen Speculationsvertriebe matt blieben, trugen die einheimischen Effecten fast durchgängig einen sehr festen Charakter und haben auch recht lebhaft und animirte Umsätze aufzuweisen; besonders zeichneten sich in dieser Hinsicht die einheimischen Eisenbahnen aus, die nicht nur sehr lebhaft umgesetzt wurden, sondern auch zahlreich mit nicht ganz unbedeutenden Abwärtssätzen aus dem heutigen Verkehr hervorgingen. Von hier aus verbreitete sich die Festigkeit auch über die verwandten Gebiete, so daß der Gesamtverkehr ein recht befriedigendes Gepräge trug. Franzosen und Lombarden setzten nicht voll mit gestrigen Courfen ein und ließen auch während der Börse noch in den Notierungen nach. Oester. Nebenbahnen waren ziemlich fest, nur Durg-Bodenbacher zeigten sich sehr schwach. Von localen Speculationspapieren waren Disc.-Comm. und Dortm. Union fest und lebhaft. Disc.-Comm. 125,50, ult. 124 1/2-125 1/2, Dortm. Union 10 1/2, Laurab. 58, ult. 57 1/2-58. Auswärtige Staatsanleihen behielten sich nur wenig am Verkehr, behaupteten sich aber in guter Festigkeit. Besonders ist dies von Italienern zu sagen. Russische Werthe ruhig. Sterl.-Anleihen stark steigend, auch Prämienanleihe und Bodencredit besser. Preussische und andere deutsche Staatspapiere ohne Leben und wenig verändert. Eisenbahnprioritäten in geringem Verkehr. Freiburger St. K. zwar niedriger, aber gut zu lassen. Anhalter, Köln-Mindener VI. und Altenbeken III. sehr reger. Durg-Bodenbacher sehr schwach. Fast sämtliche Eisenbahn-Actien waren reger begehrt und in den Courfen steigend. Von schweren Devisen zeichneten sich besonders Köln-Mindener, Rheinische, Bergische, Anhalter und Halberstädter aus. Von leichten Actien waren Raabebahn, Aachen-Mastr., Lüttich-Limburg, Berlin-Dresden und Bresl.-Grajewo zu höheren Courfen in gutem Verkehr. Bankactien sehr fest und ziemlich lebhaft, Centralbank für Industrie in Folge der Zusammenlegung der Actien in guter Frage und steigend, Centralb. für Genossenschaften zu höherem Course gesucht, Geraer Credit belebt, Braunschweiger Bank reger, Börsenhandelsverein zog bei größeren Umsätzen im Course an, Centralbank für Bauten beliebt. Meiningen Hypotheken trat in lebhaften Verkehr, Schaaffhausen lebhaft, Deutsche Nationalbank desgleichen, Berliner Rassen-Verein und Hübner anziehend. Industrie-Papiere meist gut beauptet. Viehhof steigend. City fand gute Beachtung. Erdmannsdorfer Spinnerei notirt wiederum höher. Passage höher. Große Pferdebahn durch unlimitirte Verkaufsordres gedrückt. Hartmann besser, Gell's und Freund anziehend. Gölzinger Eisenbahnbedarf steigend, ebenso Semter, trotz höherer Courfe fehlten hierfür Abgeber. Continental-Pferdebahn gefragt. Braunschweiger Kohlen anziehend. Pluto zu niedrigem Course begehrt. Courf beliebt. — Um 2 1/2 Uhr: Lombarden 192,50, Franzosen 498,50, Credit-Actien 308,50, Laurabütte 58,00, Disconto-Commandit 125,00, Bergische 82,25, Köln-Mind. 101,50, Rheinische 116,90, Galizier 85,50, Rumänien 27,60, Türken 19,60, Reichsbank 158,00. Schluß schwach. (Bant. u. S.-Ztg.)

[Fusion der Magdeburg-Leipziger und Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.] Dem „B. Anz.“ zu Folge sind die Grundzüge des Fusionsprojectes folgende:

- 1) Die Magdeburg-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft wird aufgelöst.
- 2) Der Staat erwirbt die Bahnen von Nordhausen nach Riga und von Halle nach Cassel von der Magdeburg-Leipziger und die Arbeiten der Strecke Sangerhausen-Sondersleben von der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn.
- 3) Die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn kauft die übrigen Strecken des Magdeburg-Leipziger Unternehmens, nämlich die alte Stammbahn von Magdeburg nach Leipzig und die Bahn von Schönebeck nach Stahfurt.
- 4) Die auf dem Magdeburg-Leipziger Unternehmen ruhenden Prioritäts-schulden werden befristet Rückzahlung gekündigt.
- 5) Die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft offerirt den Magdeburg-Leipziger Actionären Lit. B. 300 M. 4 1/2 proc. Prioritätsobligationen, welche zur Sicherheit für Capital und Zinsen in erster Stelle auf die früheren Magdeburg-Leipziger Stammbahnstrecken radicirt werden und der Amortisation nicht unterliegen sollen.
- 6) Diefelbe bietet ferner den alten Stammactionären pro Actie 900 M. vierprocentige Prioritätsobligationen an, welche in zweiter Linie auf Magdeburg-Leipzig radicirt und demnach mit 1/2 pCt. der Nominalbetrages amortisirt werden.
- 7) Die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft haftet für die unter 5 und 6 bezeichneten 4 1/2 und 4 proc. Prioritäten als Schuldnerin mit ihrem Vermögen und Reinertragnissen und es stehen sonach — diese letzteren — nach vorher erfolgter Befriedigung der Ansprüche, welche die Besitzer der auf das Magdeburg-Halberstädter Unternehmen bereits aufgenommenen Prioritätsobligationen haben, ebenfalls für die Verjüngung der Obligationen ein. Die neu zu emittirten Obligationen sollen zur Kennzeichnung der besonderen Rechte, welche sie haben, als Magdeburg-Leipziger Prioritäts-Obligation A. resp. B. der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft bezeichnet werden.

[Humanische Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft.] Sonnabend fand eine Sitzung des Aufsichtsrathes und Ausschusses der Gesellschaft statt, um die der außerordentlichen General-Versammlung, die auf Montag, den 28ten d. M., anberufen ist, zu machenden Vorlagen definitiv festzustellen. Es wurde von Seiten des Vorstandes der Entwurf eines Berichtes vorgelegt, der zunächst die Verkaufsverhandlungen betrifft, die Gründe für den Abbruch derselben recapitulirt und mit dem Antrage schließt: die General-Versammlung wolle beschließen, von der weiteren Verfolgung des Verkaufsprojectes vorerst abzusehen, jedoch die in der außerordentlichen General-Versammlung vom 16. December 1875 ertheilte Ermächtigung bis Ende dieses Jahres in Kraft zu lassen, für den Fall sich eine andere Grundlage des Verkaufsprojectes ergeben sollte, die in Aufhebung der Singularrechte der Stamm-Prioritäts-Actionäre und der Liquidations-Bestimmungen des Deutschen Handelsgesetzes keinem Bedenken unterliegt. Der Bericht recapitulirt ferner die Verhandlungen, die in Bezug auf die Emission von Schuldverschreibungen zum Zweck der Einlösung der Dividenden-Coupons innerhalb der Gesellschafts-Vorstände gepflogen sind und bringt als Anlage das von uns bereits signirte Project. Ueber den in dieser Beziehung einzubringenden Antrag fand eine längere Debatte statt, die ihren Abschluß durch Annahme folgenden Antrags fand: Die Generalversammlung wolle beschließen, den Aufsichtsrath und Ausschuss zu ermächtigen: 1) auf der Grundlage des propositen Projectes, eventuell in einer sonst gleichgültigen Form eine Anleihe bis auf Höhe von 45 Millionen Mark aufzunehmen, durch welche während der Zeit der Tilgung der temporären Anleihe die Realisation der Dividenden der Stammactien ermöglicht oder die Tilgung der temporären Anleihe beschleunigt wird; 2) die etwa nöthigen Statuten-Veränderungen vorzunehmen.

Newyork, 28. Februar. Der Hamburger Postdampfer „Suebia“ ist gestern Morgen 3 Uhr hier eingetroffen.

